

**MA(c)H(t)MUT 02/2014**

- **Europa und Duisburg  
entscheiden am selben  
Tag!** Seite 2
- **Gerechte Renten -  
solide finanziert** Seite 5
- **Krise in der  
Ostukraine** Seite 7
- **Namentliche  
Abstimmungen** Seite 9
- **Treffen mit  
Interessenvertretern** Seite 12
- **Jugend & Parlament** Seite 13
- **In 5 Schritten durch das  
Parlament** Seite 14
- **Duisburger zu Gast in  
Berlin** Seite 15
- **Aus dem Büro** Seite 17  
Interview mit Christiane Kramer

**■ IMPRESSUM**

V.i.S.d.P.:

Mahmut Özdemir, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. : 030 / 227 73819  
mahmut.oezdemir@bundestag.de  
www.oezdemir-fuer-duisburg.de

**Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,**

der Deutsche Bundestag verabschiedete sich am 4. Juli in die Sommerpause. Am letzten Sitzungstag vor der sitzungsfreien Zeit trennte nur noch eine namentliche Abstimmung die Abgeordneten von ihren Wahlkreisen - und dann ging's zurück in die Heimat!

Die beiden vergangenen Sitzungswochen haben eine Vielzahl an Gesetzesentwürfen über die Ziellinie gebracht. Damit wurde aus politischen Zielvorstellungen gesetzgeberische Wirklichkeit. Der allgemeinverbindliche Mindestlohn gilt! Die „Optionspflicht“, das heißt die bedingungslose Entscheidung für oder gegen die deutsche Staatsangehörigkeit ist abgeschafft! Um nur zwei wichtige Wegmarken zu nennen. Aus sozialdemokratischen Ideen sind Erfolge geworden! Ideen, die niemals Wirklichkeit geworden wären, wenn sich die SPD und ihre Mitglieder im Dezember 2013 nicht der Verantwortung gestellt und den Koalitionsvertrag gebilligt hätten. Der gesellschaftliche Wandel hat nunmehr endlich wieder einen zukunftsfesten Gesetzesrahmen. Und wir

haben noch einiges vor: Der Zusammenhalt der Generationen ist keine Selbstverständlichkeit und muss von „Jung und Alt“ gemeinsam erarbeitet werden. Das, was die Rentenreform für die demnächst in den Ruhestand scheidenden Arbeitnehmer ist, ist für die junge Generation die Abschaffung befristeter Beschäftigungsverhältnisse, die Stärkung der Mitbestimmung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Aber auch ich persönlich habe Versprechen umzusetzen: So lege ich in dieser wie in allen folgenden Ausgaben der „MA(c)H(t)MUT“ offen, mit welchen Interessensvertretern ich als Abgeordneter im Gespräch war. Ein weiteres Ehrenwort aus dem Wahlkampf werde ich in der sitzungsfreien Zeit zu Fuß umsetzen: Meine „24 Stunden – Hausbesuche“. Wieder werde ich mit Zettel und Stift an Türen klopfen und fragen, was es in Berlin besser zu machen gilt. Vielleicht klopft oder klingelt es schon bald eurer Tür!

Herzlichst, Euer



Mahmut Özdemir

## Europa und Duisburg entscheiden am selben Tag!

Drei Wahlen, aber nur ein Gang zur Wahlurne.

*Von Mahmut Özdemir, MdB*

Erinnert sich noch jemand an das „KWahlZG“ vom 24. Juni 2008? So lautete die Abkürzung für das Gesetz über die Zusammenlegung der allgemeinen Kommunalwahlen mit den Europawahlen. Wer es entweder nie kannte oder in Frieden vergessen hat, darf sich in guter Gesellschaft des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofes wöhnen.

Das Gesetz aus 2008 sah vor, dass zwar im Juni 2009 neue Volksvertreter für Europa und in den Kommunen gewählt werden sollten, jedoch die „teilweise abgewählten oder ausscheidenden“ Volksvertreter der Kommune noch eine ganze Weile im Amt bleiben müssten, während ihre (neu gewählten) Nachfolger in die Warteschleife geschickt würden.

Das Verfassungsgericht in NRW hat dies damals auf Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für unvereinbar und nichtig erklärt und die eigene Entscheidung in Gesetzeskraft erwachsen lassen. 2009 wurden daher letztlich doch die Europawahlen im Juni und die Wahlen zum Stadtrat und zu den Bezirksvertretungen im September abgehalten.

Fünf Jahre später gibt es vom Landtag NRW und dem Ministerium für Inneres und Kommunales solide handwerkliche Arbeit:

Die Wählerinnen und Wähler müssen nur einen Gang zur Wahlurne vollbringen. Per Gesetz wird die Amtsdauer der Kommunalmandatsträger einmalig geringfügig verlängert und damit an die Europawahlen, die alle fünf Jahre stattfinden, angeglichen. Europawahl, Kommunalwahl und Integrationsratswahl fanden gemeinsam am 25. Mai 2014 statt: Das hatte es so noch nicht gegeben!

Ein Kraftakt für jede Straßenlaterne, die unter dem Gewicht der zahlreichen Plakate auch in der Nacht ihre ursprüngliche Bestimmung trotz der Strapazen nicht vernachlässigte! Ein Kraftakt aber auch für Wählerinnen und Wähler und nicht zuletzt allen voran für die Kandidatinnen und Kandidaten. Eben die Kandidatinnen und Kandidaten zeigten - ob nun für den Bezirk, für den Stadtrat oder für das Europäische Parlament - wie es funktioniert und konnten sich der engagierten Begleitung von den nicht zur Wahl stehenden Landtagsabgeordneten und Bundestagsabgeordneten sicher sein. Es kommt nicht darauf an, ob alle vier oder fünf Jahre gewählt wird! Die Diskussion, ob der Bundestag beispielsweise auch eine längere Amtsdauer von fünf statt den aktuellen vier Jahren

bekommen sollte, taugt allenfalls für eine nicht ernst zu nehmende Verfüllung eines pressetechnischen Sommer- oder Winterloches.

So war die Ansprechbarkeit aller Verantwortungsträger hier nicht nur eine Worthülse, sondern gelebte Wirklichkeit. Die Menschen, die sich vor der Wahlentscheidung sahen, hatten die Möglichkeit ganzheitlich im Hinblick auf Wahlprogramme zu entscheiden: Armutszuwanderung inner- wie außereuropäisch und die Chancen und Herausforderungen vor Ort in Duisburg konnten gleichzeitig mit den Kommunalkandidaten und dem zur Wiederwahl antretenden Europaabgeordneten diskutiert werden. Dabei konnte und wollte sich keiner der Verantwortung entledigen, auf Wählerseite wie auch auf Kandidatenseite. Unterm Strich beklagte sich jedenfalls keiner der Kandidaten von Europa-, Kommunal- oder Integrationswahl über mangelnde Aufmerksamkeit, damit erfüllte sich wenigstens ein Gesetzesziel bei dieser Zusammenlegung!

Die Zusammenlegungen von Wahlen sind unter dem Kostenaspekt immer zu befürworten und täte man es nicht, so würde irgendeine politische Kraft es als „Wahlkampfslager“ benutzen,



das liegt in der Natur der politischen Auseinandersetzung. Aber ist die „Synchronisation“ von Wahlen verfassungsrechtlich geboten oder verboten?! Beides lässt sich verneinen. Zum einen, so kann man argumentieren, ist jede Wahl in ihrer Besonderheit isoliert zu stärken und damit vom Wahlvolk inhaltlich fokussiert zu entscheiden. Zum anderen kann diskutiert werden, dass die politische Verantwortungsgemeinschaft von Kommune, Land, Bund und Europa es bei einem gemeinsamen Wahltag nicht zulässt, dass der Kommunalpolitiker dem Europapolitiker und der Europapolitiker dem nicht zur Wahl stehenden Bundes- oder Landespolitiker den schwarzen Peter zuschiebt und die Wählerin oder der Wähler mit dem falschen Kandidaten seine Abrechnung macht.

Frei nach Brecht: Der eine macht einen Plan, der andere den nächsten - funktionieren tun sie beide nicht. Enttäuscht hat

das Konzept der Wahlzusammenlegung hinsichtlich der Wahlbeteiligung in Duisburg. Die Freude über eine weiter erstarkende Sozialdemokratie in Europa und über den Direktgewinn nahezu aller Ratswahlkreise bis auf einen durch die SPD, über satte Bündnismehrheiten in den Stadtbezirken sowie darüber, dass wir ebenfalls stärkste Kraft im Duisburger Integrationsrat sind, wurde erheblich getrübt! 42,6 Prozent der Wahlberechtigten gingen zur Europawahl und noch weniger, nämlich 40,46 Prozent nahmen an der Kommunalwahl teil. Die Integrationsratswahl setzt mit 16,45 Prozent einen traurigen Schlusspunkt. Knapp 147.000 von möglichen 365.000 Wählerinnen und Wählern entschieden damit für fünf Jahre über das politische Schicksal für die anderen mit. Noch erheblicher aber wurde die Freude durch das Wahlergebnis geschmälert, das die rechten Gruppen - allen voran ProNRW und NPD - erhielten. Bei

Europa- und Kommunalwahl konnten sie jeweils in Summe rund 5.000 Stimmen bis knapp 9.000 Stimmen auf sich vereinigen und damit relativ zum Stimmerngebnis der übrigen Parteien Mandatsträger in die Plenarsäle entsenden. Ein bedenklicher Zustand, den eigentlich alle demokratischen Parteien gleichermaßen mit Argwohn, teilweise aber auch mit erheblicher Selbstkritik sehen müssen. Dieser Schandfleck im Wahlergebnis wird jetzt mühevoll korrigiert, indem man einen Umgang mit den rechten Gruppen sucht. Die demokratischen Parteien, die den Geist des Grundgesetzes in sich tragen, arbeiten in den Gremien mit dem Minimum an Respekt gegenüber dem Mandat. Auch wenn es nicht gefällt, so hat das demokratische Wahlsystem Mandatsträger von Parteien in seine Reihen gelassen, die sich teilweise offen und teilweise verdeckt gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung stellen. Also ein Umgang, der kein Umgang sein soll, und ein Respekt, der nur so weit gehen kann, dass er unsere Demokratie schützt. Und das ausgerechnet in Duisburg! Und das ausgerechnet jetzt! Mit Mühe polieren wir die kleinen und großen Kratzer aus dem Lack der Stadt Duisburg, die uns die jüngste Vergangenheit beschert hat. Abgeordnete und Kommunalpolitiker arbeiten unentwegt daran, die Finanznot von Berlin, Düsseldorf und Duisburg aus zu lindern, die Chancen und Herausforderungen von Armutswanderungen zu aktivieren und

klug in Millionen- und Milliardenhöhe in die Bildung und Ausbildung unseres Nachwuchses zu investieren.

Fakt ist: Das rechte „Störfeuerchen“ im Duisburger Wahlergebnis ist eine ernst zu nehmende Warnung. Gerade deshalb ist es nicht damit getan, die Wahlbeteiligung als Ergebnis des schönen oder schlechten Wetters einzustufen. Knapp zwei Fünftel der Wahlberechtigten haben den Übrigen drei Fünfteln, den Nichtwählern, die Entscheidung abgenommen. Möglicherweise haben sie in ihrem Sinne entschieden?! Aber was bedeutet es Nichtwähler zu sein? Nichtwähler zu sein, heißt in erster Linie von seinem eigenem Recht Gebrauch zu machen, nicht zur Wahl zu gehen. So heißt denn auch die Veranstaltung Wahlrecht und nicht Wahlpflicht. Unabhängig davon, ob die individuelle Nichtteilnahme an der Wahl eine

bewusste oder unbewusste Entscheidung war, so trug sie jedenfalls auch dazu bei, dass das Ergebnis so ist, wie es ist. Durch Nichtwählerschaft etwas zu bewegen oder Denkmäler zu verteilen ist eine Illusion. Wer nichts am Wahltag tut, bewegt nichts. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes erwarten zum 65. Jubiläum der deutschen Nachkriegsverfassung zu Recht mehr von uns! Sie erwarten bis heute in Anbetracht des mühevollen besonderen deutschen Wegs zur Demokratie nach 1945, dass wir uns den Anfängen erwehren. Wir können im Ausland nicht Wasser predigen und zuhause Wein trinken! Denn während wir deutsche Soldatinnen und Soldaten sowie Wahlbeobachter-Missionen im Dienste der Freiheitlichkeit und Rechtsstaatlichkeit in andere Länder entsenden, sind derartige Wahlbeteiligungen kein Aushängeschild. Wahlen

sind notwendig, um der amtierenden politischen Mehrheit Zustimmung um ihrer



Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments

Stärkung willen zukommen lassen oder durch Ablehnung Veränderungen in der politischen Landschaft herbei zu führen. Wer aber am Wahltag schweigt, tut weder das eine noch das andere!

## Gerechte Renten - solide finanziert

Ein Kommentar - Von Maximilian Brunn

**Im Mai hat die Große Koalition unter Bundesministerin Andrea Nahles das Rentenreformpaket auf den Weg gebracht. Vor allem die Rente ab 63, eines der zentralen Versprechen der SPD im zurückliegenden Bundestagswahlkampf, wird das Leben vieler Menschen spürbar verbessern. Ein Etappensieg.**

Zu teuer! Klientelistisches Bedienen von Partikularinteressen! Zu Lasten der jungen Generation!



In den vergangenen Monaten wurde viel Kritik an der ab Juli 2014 wirksamen Rentenreform laut. Ideologisch begründete und vorurteilsbehaftete Argumente haben die Debatte in weiten Teilen geprägt. Dies wird der Rente - ein Thema, das, für das sich demographisch im Umbruch befindliche Deutschland, von zukunftsweisender Bedeutung ist - sicherlich nicht gerecht. Es ist Zeit, zu einer an Fakten orientierten Diskussion zurückzukehren.

Der Reihe nach: Mit der Mütterrente werden die Erziehungsleistungen von Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, anerkannt. Verbesserungen wurden zudem für Reha-Leistungen und die Erwerbsminderungsrente erreicht. Herzstück des Reformpakets aber ist die Neuerung, bereits

mit 63 Jahren in Rente gehen zu können, und zwar ohne, wie bisher, Abschläge in Kauf nehmen zu müssen. Diese Möglichkeit besteht für alle, die 45 Jahre oder noch länger Rentenbeiträge gezahlt haben. Auch vorübergehende Zeiten von Arbeitslosengeld-I-Bezug werden in die Errechnung der 45 Beitragsjahre mit einbezogen.

Lange sind diejenigen, die ihr Berufsleben früh begonnen und zumeist körperlich besonders herausgefordert waren, durch das zu weitmaschig geknüpfte Netz der Rentenversicherung gefallen. Diese Gerechtigkeitslücke hat die SPD nun endlich geschlossen. Natürlich kostet das auch Geld: 2014 werden 0,9 Milliarden Euro ins Kontor schlagen, für 2015 wird mit 1,9 Milliarden Euro gerechnet, bis 2030 mit 3,1 Milliarden Euro. Das aber muss uns die Lebensleistung derer, die jahrzehntelang als Rückgrat der Gesellschaft hart gearbeitet haben, wert sein. Sie haben mit ihrem Arbeitseinsatz auch maßgeblich zu den gut gefüllten Rentenkassen beigetragen.

Zudem sind die veranschlagten Kosten weit davon entfernt, die Rentenversicherung zu sprengen. Wie versprochen wird der Beitragssatz in den nächsten vier Jahren nicht

steigen. Die für die Jahre 2020 und 2030 bereits vor der Reform festgelegten Beitragsobergrenzen können ebenfalls eingehalten werden. Kurz: Das Rentenpaket ist nachhaltig finanziert. Die Reform ist keine Rolle rückwärts. Da die Lebenserwartung steigt, die Geburtenzahlen aber sinken, ist die stufenweise Anhebung der Regelaltersgrenze nicht grundsätzlich falsch. Dabei bleibt es auch in Zukunft. Der Vertrag zwischen den Generationen wird keineswegs aufgekündigt.

Um zu verhindern, dass ältere Beschäftigte vor Renteneintritt gezielt entlassen werden, werden Zeiten der Arbeitslosigkeit in den letzten zwei Jahren vor dem Ruhestand nicht berücksichtigt. Gleichzeitig wird es Arbeitnehmern erleichtert, auch nach Erreichen des regulären Eintrittsalters weiterarbeiten zu können. Von Anreizen zur Frühverrentung kann demnach keine Rede sein. Hier sind vielmehr die Arbeitgeber in der Pflicht. Sie fordern richtigerweise flexiblere Altersgrenzen. Vielen schwebt dabei jedoch vor, langjährige Mitarbeiter in die Rente zu entlassen und sie danach ohne Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen als erfahrene,

aber billige Kräfte wieder einzustellen. Das darf natürlich nicht sein, da so die Arbeit älterer Menschen diskreditiert und junge Menschen systematisch benachteiligt würden.

Alle Maßnahmen zusammengekommen werden alleine in diesem Jahr um die 10 Millionen Menschen von den Neuerungen profitieren. Der SPD ist es, allem Gegenwind zum Trotz, gelungen, das Rentensystem gerechter zu machen ohne dabei seine vorsichtig austarierte Funktionsweise zu beschädigen. Die Zustimmung in der Bevölkerung für die Reformen ist deshalb auch groß: Selbst unter den 18 bis 34-Jährigen befürworten 89 Prozent die Rente ab 63. Das liegt sogar über dem Durchschnitt aller Befragten von 87 Prozent (Umfrage von TNS Infratest).

Natürlich muss weiterhin daran gearbeitet werden, die Rente für die Zukunft zu sichern. Die

Lösung wird allerdings nicht nur in der Gestaltung der Rentenpolitik im engeren Sinn liegen. So können vernünftige Renten nur dann angespart werden, wenn auch vernünftige Löhne gezahlt werden. Mit dem Mindestlohn ab 8,50 Euro haben wir hierfür einen wichtigen Aufschlag gemacht. Aber auch dem demographischen Aderlass müssen wir mehr entgegensetzen, nicht

zuletzt durch eine stringendere Einwanderungspolitik.

Die deutsche Sozialdemokratie war in ihrem Kern nie nur eine Partei der Gerechtigkeit, sondern auch immer des Fortschritts. Auf diese progressive Antriebskraft der SPD werden wir setzen müssen, um im diffizilen Spagat zwischen nachhaltig finanzierter und gerechter Rente die bestmögliche Mischung zu finden.



## Krise in der Ukraine: Der lange Weg zum Frieden

Von Johannes Jiang

**Die ganze Welt schaut auf die Ukraine. Seit den Maidan-Protesten in der Hauptstadt Kiew überschlagen sich förmlich die Ereignisse. Nun hat die Bevölkerung in der schwersten Krise des Landes einen neuen Präsidenten gewählt. Petro Poroschenko muss sein Land nicht nur vor einem Staatsbankrott retten – es gilt auch, einen Bürgerkrieg im Osten mit allen Mitteln zu verhindern.**

Aus den ursprünglich friedlichen Protesten auf dem Maidan in der Hauptstadt Kiew ist ein vielschichtiger Konflikt mit einer atemberaubenden Komplexität erwachsen. Terroristen, Separatisten, Oligarchen und Rechts-extreme - die Situation in der Ukraine gibt viel Stoff für ein düsteres Szenario. In einer solchen Situation kann es keine einfachen Lösungen geben und die Losung der Nato-Verbündeten, starre Wirtschafts-sanktionen zu verhängen, vermag ebenso wenig aus der Krise zu führen wie das Wunschdenken derjenigen, die ein besseres „Verständnis“ der Russen predigen – und das Recht der Ukraine auf territoriale Integrität damit zugleich fundamental in Frage stellen.

Der deutsche Außenminister und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Frank-Walter Steinmeier, hat deshalb Recht, wenn er den Montagsdemonstranten auf einer Europa-Kundgebung der SPD in Berlin zuruft: „Die Welt besteht eben nicht aus Bösewichten auf der einen, und guten Menschen auf der anderen Seite!“ Wie gut er die miteinander verwobenen Interessen der beteiligten Parteien versteht, hat Steinmeier in den vergangenen Monaten eindrucksvoll zur Schau gegeben. Von seinen Bemühungen für einen Dialog zwischen den Protestlern auf dem Maidan und der Regierung des alten Präsidenten Viktor Janukowitsch über seinen Einsatz für OSZE-Beobachtermissionen bis hin zu



Petro Poroschenko

seinem souveränen diplomatischen Auftreten auf dem Genfer Krisengipfel hat er nicht nur eine diplomatische Meisterleistung nach der anderen hingelegt, er hat auch gezeigt, was es heißt, ein echter europäischer Sozialdemokrat zu sein. Denn als solcher weiß man aus der Geschichte, dass der Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit ist, sondern zur Not verteidigt werden muss. Dies hat Frank-Walter Steinmeier in den letzten Wochen und Monaten mit unermüdlichem Einsatz getan und dafür gebührt ihm Beifall.

Obwohl Russland nun mit dem Abzug eines Großteils seiner Streitkräfte von der ukrainischen Grenze endlich die ersten Entspannungsmerkmale gesendet hat, toben im Osten der Ukraine weiterhin heftige



Kämpfe. Die Anti-Terror-Missionen, mit denen die Regierung in Kiew den prorussischen Separatisten in Donezk und Lugansk militärisch Einhalt zu gebieten versucht, haben bisher allenfalls mäßige Erfolge beschert. Immer noch sind viele Städte und Landkreise in fester Hand der kampfbereiten Separatisten. Aus Angst vor Gewalt sind bereits viele Bewohner der Ostukraine aus dem Land geflüchtet.

Inmitten und trotz der Unruhen haben die Ukrainer über einen neuen Präsidenten abgestimmt. Mit mehr als der Hälfte aller abgegebenen Stimmen gelang dem milliardenschweren Unternehmer und ehemaligen Bürgermeister Petro Poroschenko bei den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 ein Erdrutschsieg gegen seine Konkurrentin, die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Timoschenko.

Poroschenko muss sein Land aus der schwersten Krise

führen, die es je erlebt hat. Eine Krise, die die Ukraine nicht nur innenpolitisch, sondern auch wirtschaftlich an die Grenzen ihrer Existenz gebracht hat. Ohne massive finanzielle Hilfen aus dem Ausland wird die Ukraine einem Staatsbankrott in den nächsten Jahren nicht entgehen können. Die von dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Union zugesagten Hilfen sind zwar eine erste große Hilfe für die gebeutelte Ukraine. Allerdings muss das Land sich letztlich aus eigener Kraft wieder zu einer stabilen Volkswirtschaft aufrichten.

Hierfür muss Poroschenko die richtigen Impulse setzen und das Vertrauen der internationalen Wirtschaft zurückgewinnen.

Der Präsident muss sein Land auch innenpolitisch befrieden. Viele Westukrainer wünschen sich von ihm ein hartes Vorgehen gegen die prorussischen Separatisten im Osten des

Landes. Doch gegen die gewaltbereiten Splittergruppen in Donezk und Lugansk würde dies nur zu einer Ausweitung der Gefechte führen. Mit den großen militärischen Schlägen gegen zentrale Stützpunkte der Separatisten hat die ukrainische Armee in den letzten Wochen Erfolge verbuchen können, aber auch dieses Blutvergießen kann keine langfristige Perspektive sein. Poroschenko muss daher alle Beteiligten an einen Tisch setzen und ein sofortiges Ende der Gewalt aushandeln. Die Beteiligung Russlands an diesen Gesprächen ist von höchster Wichtigkeit. Diese auf diplomatischen Wegen zu bewirken, wird eine der größten Aufgaben Poroschenkos sein und die EU muss ihm dabei helfen. Russland wiederum muss nach den unendlichen Provokationen der vergangenen Monate endlich seine Bringschuld erfüllen und die Gefechte beenden helfen.

## Namentliche Abstimmungen

04. Juli	<b>Lebensversicherungen auf den Prüfstand stellen Kein Schnellverfahren zu Lasten der Versicherten</b> Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drucksachen 18/1815 und 18/2016	JA
03. Juli	<b>Angleichung der Renten in Ostdeutschland an das Westniveau sofort auf den Weg bringen</b> Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zum Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksachen 18/982 und 18/1994	JA
03. Juli	<b>Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht</b> Gesetzesentwurf der Fraktion DIE LINKE Drucksachen 18/1092, 18/1955 und 18/2005	NEIN
03. Juli	<b>Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes</b> Gesetzesentwurf der Bundesregierung Drucksachen 18/1312, 18/1759, 18/1955 und 18/2005	JA
03. Juli	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung</b> Gesetzesentwurf der Fraktion DIE LINKE Drucksachen 18/7 und 18/879	NEIN
03. Juli	<b>Gesetzesentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie (Tarifautonomiestärkungsgesetz) Einführung eines Mindestlohnes</b> Gesetzesentwurf der Bundesregierung Drucksachen 18/1558 und 18/2010 (neu)	JA
03. Juli	<b>Zweite Beratung des Gesetzesentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie (Tarifautonomiestärkungsgesetz) - Einführung eines Mindestlohns</b> Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksachen 18/1558, 18/2010 (neu) und 18/2019	NEIN
27. Juni	<b>Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014</b> Gesetzesentwurf der Bundesregierung Drucksachen 18/700, 18/702, 18/1002, 18/1005, 18/1006, 18/1007, 18/1008, 18/1009, 18/1010, 18/1011, 18/1012, 18/1016, 18/1017, 18/1019, 18/1020, 18/1021, 18/1022, 18/1023, 18/1024, 18/1025	JA
27. Juni	<b>Entschließungsantrag zu der dritten Beratung des Gesetzesentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Länderöffnungsklausel zur Vorgabe von Mindestabständen zwischen Windenergieanlagen und zulässigen Nutzungen</b> Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Drucksachen 18/1310, 18/1580, 18/1702 Nr. 1.4, 18/1900 und 18/1903	NEIN

27. Juni	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Länderöffnungsklausel zur Vorgabe von Mindestabständen zwischen Windenergieanlagen und zulässigen Nutzungen</b> Gesetzentwurf der Bundesregierung Drucksachen 18/1310, 18/1580, 18/1702 Nr. 1.4 und 18/1900	JA
27. Juni	<b>Entschließungsantrag zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur grundlegenden Reform des EEG und zur Änderung weiterer Bestimmungen des Energiewirtschaftsrechts</b> Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Drucksachen 18/1304, 18/1573, 18/1891 und 18/1901	NEIN
27. Juni	<b>Entwurf eines Gesetzes zur grundlegenden Reform des EEG und zur Änderung weiterer Bestimmungen des Energiewirtschaftsrechts</b> Gesetzesentwurf der Bundesregierung Drucksachen 18/1304, 18/1573 und 18/1891	JA
27. Juni	<b>Änderungsantrag zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur grundlegenden Reform des EEG und zur Änderung weiterer Bestimmungen des Energiewirtschaftsrechts</b> Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksachen 18/1304, 18/1573, 18/1891 und 18/1894	NEIN
27. Juni	<b>Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes / Änderungsantrag DIE LINKE Änderungsantrag zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung / Entwurf eines Gesetzes zur grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und zur Änderung weiterer Bestimmungen des Energiewirtschaftsrechts (Drucksachen 18/1304, 18/1573, 18/1891 und 18/1892)</b>	NEIN
25. Juni	<b>Änderungsantrag zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung über den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014: Einzelplan Bundeswirtschaftsministerium</b> Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksachen 18/700, 18/702, 18/1019, 18/1023-1025	NEIN
25. Juni	<b>Bundeswehreininsatz in Libanon (UNIFIL)</b> Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) Drucksachen 18/1416 und 18/1811	JA
25. Juni	<b>Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA)</b> Antrag der Bundesregierung Drucksachen 18/1416 und 18/1811	JA
25. Juni	<b>Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014: Geschäftsbereich Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt</b> Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) Drucksachen 18/700, 18/702 und 18/1023 bis 18/1025	JA

05. Juni	<b>Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo</b> Antrag der Bundesregierung Drucksachen 18/1415 und 18/1653	JA
23. Mai	<b>Änderungsantrag 3 zum Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung</b> Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksachen 18/909, 18/1489 und 18/1497	NEIN
23. Mai	<b>Änderungsantrag 2 zum Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung</b> Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksachen 18/909, 18/1489 und 18/1496	NEIN
23. Mai	<b>Änderungsantrag 1 zum Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung</b> Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksachen 18/909, 18/1489 und 18/1495	NEIN
23. Mai	<b>Grüne Gentechnik - Sorgen und Vorbehalte der Menschen ernst nehmen, Selbstbestimmung stärken, Wahlfreiheit ermöglichen</b> Antrag der Fraktionen CDU/CSU und SPD Drucksache 18/1450	JA
23. Mai	<b>RV-Leistungsverbesserungsgesetz</b> Gesetzesentwurf der Bundesregierung - Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) (Drucksachen 18/909 und 18/1489)	JA
23. Mai	<b>Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber der Argo-Gentechnik anerkennen - Gentechnikfreiheit im Pflanzenbau dauerhaft sichern</b> Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE Drucksache 18/1453	NEIN
22. Mai	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption durch Lebenspartner</b> Gesetzesentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksachen 18/1285, 18/1488 und 18/1494	NEIN
22. Mai	<b>Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor Somalia</b> Antrag der Bundesregierung - Drucksachen 18/1282 und 18/1486	JA
08. Mai	<b>Kündigung bilateraler Kooperationen im Bereich der Nutzung atomarer Technologien</b> Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/1336	NEIN

- 08. Mai**    **Gesetzentwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes**  
Gesetzesentwurf der Bundesregierung  
Drucksachen 18/910, 18/1283 und 18/1359
- 08. Mai**    **Echte Transparenz und parlamentarische Beteiligung bei Rüstungsexportentscheidungen herstellen**  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/1360

JA

NEIN

***Erläuterung der Redaktion:** Bei Namentlichen Abstimmungen votieren die Abgeordneten des Deutschen Bundestages nicht nur über Gesetzesentwürfe und Anträge, sondern auch über Beschlussempfehlungen der zuständigen Fachausschüsse zu vorliegenden Drucksachen.*

## Übersicht: Treffen mit Interessensvertretern

Als Bundestagsabgeordneter nimmt Mahmut Özdemir Treffen mit den verschiedensten Interessensvertretern wahr. In Fachgesprächen wird hierbei eventueller politischer Handlungsbedarf erörtert. Gute Kontakte zu den am jeweiligen Fachbereich des Abgeordneten beteiligten Interessensgruppen sind eine wichtige Arbeitsgrundlage. Allerdings muss diese Zusammenarbeit immer im Dienste des Mandats - für und zugunsten der Bevölkerung - stehen. In diesem Sinne hat Mahmut Özdemir versprochen, alle seine Gespräche mit Interessensvertretern öffentlich zu dokumentieren. Eine Übersicht über die vergangenen Wochen und Monate.

29. April	Marcus Wittig <i>Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH</i>
29. April	<i>Mieterbund Rhein-Ruhr e.V.</i>
30. April	<i>Sonnenschutzunternehmen Teba GmbH und Co. KG</i>
30. April	Jürgen Kaiser   <i>Niederrheinische Industrie- und Handelskammer</i>
30. April	<i>Schulschiff Rhein</i>   Duisburg-Homberg
05. Mai	Antje Schumacher-Bergelin <i>Ver.di - Bundesverkehrsverwaltung</i>
16. Mai	Wolfgang Meyer   <i>ALPHA GmbH/Sozialwerk St. Georg e.V.</i>
21. Mai	Klaus Weber, Mathias Flickschuh   <i>Gewerkschaft Ver.di</i>
04. Juni	Heinz Kreuter, Marianne Dusella <i>SAP/HAK Beratungs- und Vermögensgesellschaft mbH</i>
05. Juni	Hartmut Schönmeier – Stabshauptmann a.D. <i>Deutscher Bundeswehrverband</i>
16. Juni	Prof. Dr. Axel Lorke .  <i>Universität Duisburg-Essen</i>
17. Juni	<i>Projekt „Perspektive 50 Plus“</i> Norbert Maul, Geschäftsführer Jobcenter Duisburg
24. Juni	Dr. Matthias Sachs .  <i>Microsoft Deutschland</i>
25. Juni	<i>„Unternehmerische Vielfalt in Deutschland gestalten“</i> Themenreihe des Bundesverbands der Unternehmervereinigungen e.V.
30. Juni	Michael Hack   <i>JT International Holding B.V.</i>
08. Juli	Thomas Schlenz .  <i>ThyssenKrupp Steel Europe AG</i>
09. Juli	Jürgen Voß .  <i>Diakonie Duisburg-West</i>

## Jugend & Parlament

Von Johannes Jiang

**Vom 31. Mai bis zum 3. Juni fand im Deutschen Bundestag das Planspiel „Jugend und Parlament“ statt. An dem mehrtägigen und von Seiten der Bundestagsverwaltung umfangreich angelegten Programm für Jugendliche aus ganz Deutschland nahmen dieses Jahr 315 Mädchen und Jungen teil. Darunter auch ein Schüler aus dem Duisburger Norden.**



Mert-Kaan Emre und Mahmut  
Özdemir, MdB

Nach seiner Bewerbung mit anschließendem, persönlichem Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir setzte sich der 16-jährige Gymnasiast Mert-Kaan Emre verdient als Teilnehmer für das Planspiel „Jugend und Parlament“ durch. Im Rahmen des Sozialwissenschaftsunterrichts seines Duisburger Gymnasiums hatte er von der Veranstaltung erfahren und sich sogleich

beworben. Dies tat er, wie er selber erzählte, aus großem Interesse an der Vielschichtigkeit des formellen Gesetzgebungsverfahrens - einem „Konstrukt“, wie Mert-Kaan es nennt, „mit den unterschiedlichsten Zusammenhängen“.

Beim Planspiel erhielten die Jugendlichen nicht etwa nur einen verkürzten schematischen Überblick in die Entstehung eines Gesetzes. Vielmehr mussten sie sich genau wie in der Praxis eines echten MdB in Fachausschüssen, Fraktionen und Arbeitsgruppen zusammenfinden, um für ihre politischen Ziele zu streiten. Exemplarisch diskutierten die Jugendlichen hierbei das Thema „Autofahren im Alter“, eine hitzige Debatte, die fast zum Zusammenbruch der fingierten Koalition geführt hätte!

Die jungen Leute mussten sich in die Rolle ganz unterschiedlicher Interessensgruppen hineinversetzen und diese überzeugend darstellen.

Mert-Kaan Emre wurde so zu Karl-Heinz Schneider, einem 72-jährigen Abgeordneten und mehrfachen Familienvater. Eine Herausforderung, die der 16-jährige hervorragend zu meistern wusste.

Das Planspiel habe sein Interesse für politische Zusammenhänge auf jeden Fall weiter befeuert, berichtet Mert-Kaan. „Die Debatten mit den anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren mitunter durchaus heftig, es wurde leidenschaftlich gestritten. Nach der Diskussion kamen aber alle zusammen, um sich über die gemachten Erfahrungen auszutauschen und nett zu plaudern. Dabei habe ich Schülerinnen und Schüler aus den unterschiedlichsten Regionen Deutschlands kennengelernt – aus Bayern, dem Saarland, Hamburg. Die konstruktive Atmosphäre war toll.“ Ob er jetzt Lust auf mehr politisches Engagement bekommen hat? „Auf jeden Fall!“

## In fünf Schritten durch das Parlament

Von Jennifer Metzloff & Christiane Kramer

**Quer durch die Republik zieht die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages.**

Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten gastiert die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages immer für eine Woche im eigenen Wahlkreis. Ob in Schulen, Rathäusern, Banken oder wie bei uns im Landschaftspark Duisburg-Nord, wo die Ausstellung vom 19. bis 24. Mai 2014 zu Gast war:

In fünf Schritten durch das Parlament - ein griffiger Titel, hinter dem viel Interessantes zu entdecken ist. Alle Informationen über den Deutschen Bundestag, das einzige vom Volk direkt gewählte Verfassungsorgan, werden hier einfach verständlich und transparent dargestellt. Auf zwanzig Schautafeln erfährt der Besucher die wichtigsten Daten über das aktuelle Parlament und seine Abgeordneten. Derzeit gehören dem Bundestag 230 Frauen und 401 Männer, im Alter von 26 bis 78 Jahren aus allen Gesellschaftsbereichen stammend, an. Aber auch die internationale Zusammenarbeit des Bundestages wird vorgestellt. Wer wusste schon vorher, dass acht verschiedene internationale parlamentarische Versammlungen existieren, zu denen der Bundestag eigene Delegationen entsendet?

Zum Aufgabenspektrum der Abgeordneten gehört beispielsweise das Initiativrecht, also das



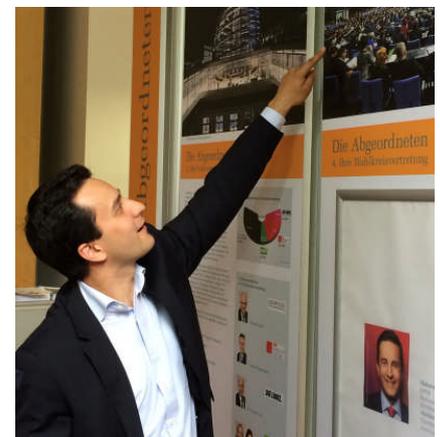
Sylvia Bachmann, Mitarbeiterin des Referates für Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages, beantwortet die Fragen zweier Besucherinnen.

Recht, Gesetzesentwürfe vorzuschlagen, ebenso das Haushaltsrecht, also die Festlegung darauf, wie der Bundeshaushalt sich für das Jahr zusammensetzt. Konkret: Wofür der Bund wie viel Geld ausgeben darf. Weitere Rechte der Abgeordneten sind bspw. Anfragen, Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, Kontrolle der Nachrichtendienste und der Bundesregierung.

Ein anderer Teil der Ausstellung befasst sich mit der Geschichte des Bundestages. In Zeitschienen seit Gründung der Bundesrepublik 1949 erfahren die Besucher Wissenswertes über die einzelnen historischen Legislaturperioden.

Thematisch ganz nahe an der tagesaktuellen Geschichte des Parlaments war die Ausstellung während ihres Gastspiels in

Duisburg. Im Reichstag wurde am 23. Mai 2014 der 65. Jahrestag des deutschen Grundgesetzes gefeiert! Ein Hauch der Bedeutung dieses Ereignisses war an diesem Tag auch in der Ausstellung spürbar, jeder Besucher bekam ein persönliches Exemplar des Grundgesetzes überreicht.



„Das ist mein Platz im Plenum.“  
Mahmut Özdemir - MdB

Zwei Computerterminals bevorzugen Filme und mehrere multimediale Anwendungen. Diverse Infomaterialien und beliebte Giveaways wie Taschen, Mousepads und die stets begehrten Kugelschreiber konnten die Besucher mitnehmen.

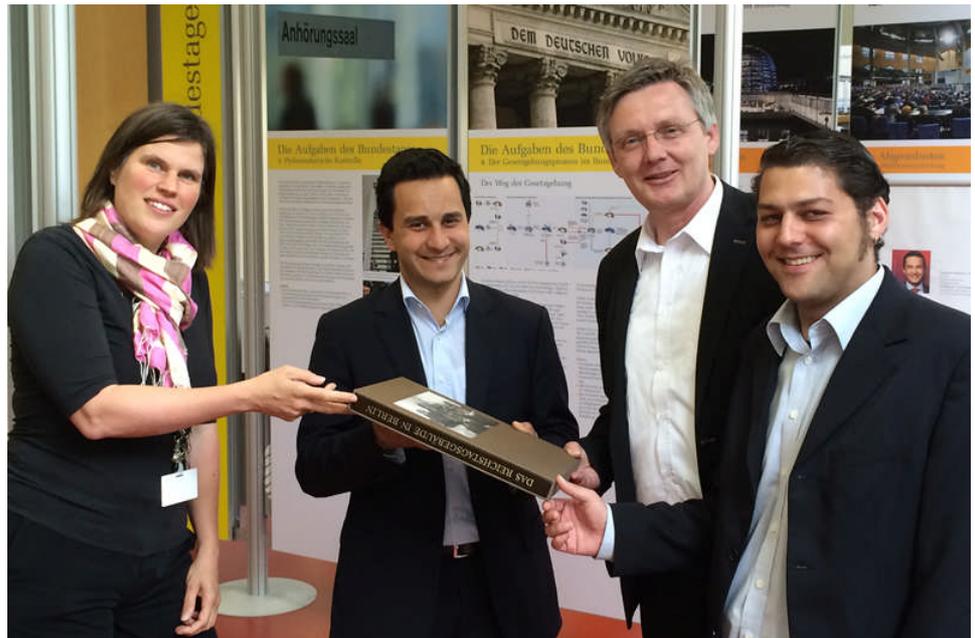
Zwei Mitarbeiter des Referats Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages waren ständig vor Ort präsent. Sie standen für Vorträge, Diskussionen mit Gruppen und für sämtliche Fragen einzelner Besucher zur Verfügung. Dazu gehört die Frage nach der Befehlsgewalt im Verteidigungsfall ebenso, wie die am häufigsten gestellte Frage: „Wie viel verdient ein Bundestagsabgeordneter?“

Keine Ausstellung ohne den passenden Veranstaltungsort. Hier kommen die für die Umsetzung in den Städten so unentbehrlichen Kooperationspartner ins Spiel, die der

Wanderausstellung Platz und Raum bieten. In Duisburg war es Ralf Winkels, Geschäftsführer vom Landschaftspark Duisburg-Nord. Er und sein Team haben uns nicht nur eine tolle Plattform geboten, sondern sich persönlich sehr engagiert

und für die Realisierung in Duisburg eingesetzt.

Auf solch positive Zusammenarbeit ist die Wanderausstellung stets angewiesen – dafür an dieser Stelle nochmals unser herzlichstes Dankeschön!



Die Mitarbeiter des Referates für Öffentlichkeitsarbeit überreichen dem Einlader Mahmut Özdemir, MdB, und dem Kooperationspartner für den Veranstaltungsort Ralf Winkels, ein Präsent des Deutschen Bundestages. (v.l.n.r. Sylvia Bachmann, Mahmut Özdemir MdB, Ralf Winkels vom Landschaftspark, Philipp Meier)

## Duisburger zu Gast in Berlin

Von Jennifer Metzloff

### 4. MAI - SONNTAG

Früh ging es los, aber alle sind pünktlich vor Ort. Auf dem Programm stand die erste Berlinfahrt auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir. In den nächsten Tagen haben wir den Tränenpalast, die ehemaligen Grenzübergangsstelle für die Ausreise von Ost nach West am Bahnhof

Friedrichstraße, die unterschiedlichsten Gedenkstätten sowie den Bundestag, die Landesvertretung NRW und das Bundesinnenministerium in der Bundeshauptstadt besucht und viele interessante Orte entdeckt.

In Berlin angekommen, ein kurzer und schneller Imbiss - viele wählten die Original Berliner Currywurst - dann ging es auch schon zum Tränenpalast. Der

Aufbau der Dauerausstellung „GrenzErfahrungen - Alltag der deutschen Teilung“ orientiert sich an den früheren Stationen der Zoll- und Passkontrolle. Kaum vorstellbar, dass hier Menschen stundenlang ohne Sitzmöglichkeiten oder ohne Getränke in langen Schlangen, die sich nur ganz langsam voran bewegten, auf die Ausreise von Ost nach West warten mussten.

Ein beklemmendes Gefühl. In der Ausstellung selbst finden sich viele biografische Beispiele, Originalobjekte und Zeitzeugeninterviews. Von hier aus ging es ins Hotel und beim anschließenden gemeinsamen Abendessen lernte sich die Gruppe besser kennen. Die Gruppenzusammensetzung reicht von Bürgern ohne Parteizugehörigkeit über Genossinnen und Genossen bis hin zu Mitgliedern aus Mahmuts Wahlkampfteam - es gibt genug Unterhaltungsstoff und alle hatten viel Spaß.

#### **5. MAI - MONTAG**

Bei der Stadtrundfahrt lernten wir Berlin vom Bus aus kennen. Vorbei an historischen Gebäuden erfuhren wir Neues und Bekanntes über die Geschichte der Stadt. Am Nachmittag waren wir dann zuerst Gast im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und danach im Bundesrat, dem sogenannten Parlament der Landesregierungen. Kein Bundesgesetz wird verabschiedet, ohne dass sich der Bundesrat hier damit befasst. Am Abend stand Kultur auf dem Programm: Im Kabarett Distel wurde „Die Kanzlerflüsterer“ gegeben.

#### **6. MAI - DIENSTAG**

Morgens fuhren wir zuerst zum Bundesministerium des Innern. Unsere kompetente Referentin erzählte uns viele wissenswerte Details über Aufgaben und Zuständigkeiten des Ministeriums. Danach lernten wir in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen die Arbeit des

Bundesrates aus Sicht eines Bundeslandes kennen.

NRW hat sechs Mitglieder bzw. Stimmen im Bundesrat. Im Drei-Wochen-Takt werden in der Landesvertretung NRW die Sitzungen des Bundesrats vorbereitet, ca. 12 Sitzungen gibt es im Jahr.

Nach dem Mittagessen ging es nun endlich in den Reichstag! Dort führte uns der Besucherdienst zunächst auf die Tribüne im Plenarsaal. Besonderes Highlight während des Vortrags über Aufgaben und Arbeit des Parlaments: Unser Duisburger Abgeordneter wurde namentlich erwähnt, er ist schließlich mit 27 Jahren das jüngste Mitglied des Deutschen Bundestages in dieser Legislaturperiode.

Bei der anschließenden Gesprächsrunde mit Mahmut erfuhren wir Einzelheiten über seinen Berliner Arbeitsalltag und die tagesaktuellen Entwicklungen und Themen der Plenarwoche. Natürlich blieb noch Zeit für Fragen, doch der Terminkalender drängte - und schon standen wir hoch oben über den Dächern der Stadt auf der Besucherterrasse des Reichstages. Schnell noch ein Gruppenbild mit dem Abgeordneten und dann ging es für ihn zurück in die Fraktionssitzung und für uns zum wartenden Bus. Mit einer abendlichen Schifffahrt auf der Spree endete dieser Tag.

#### **7. MAI – MITTWOCH**

Am letzten Tag besuchten wir das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, kurz Holocaust-Mahnmal: Ein

wichtiger wie bewegender Erinnerungsort deutscher Vergangenheit. Nach diesem historischen Programmpunkt konnten wir uns beim anschließenden Bummel durch die schönen Hackeschen Höfe erholen. Dort hatten wir genügend Zeit uns in Ruhe umzuschauen, in die kleinen Läden hinein zu schnuppern oder einfach nur das sonnige Wetter zu genießen. Beim anschließenden Mittagessen im Steakhaus besuchte uns überraschenderweise unser NRW-Innenminister Ralf Jäger, der zu einem Termin in Berlin war.

Danach trennten sich die Wege der Reisenden: Einige relaxten im Liegestuhl am Spreeufer, andere machten eine Stippvisite im Eiscafé, bis sich schließlich alle am Hauptbahnhof trafen. Dort wurden wir von unserem Bundestagsabgeordneten höchstpersönlich und stilecht mit Ferrero-Küsschen verabschiedet. Dann hieß es: Heimreise antreten. Unser schönes Duisburg wartete schon!



Die Besuchergruppe mit „ihrem“ Abgeordneten Mahmut Özdemir auf dem Dach des Reichstages

Aus dem Büro

## Interview mit Christiane Kramer

**Du bist Büroleiterin im Wahlkreisbüro von Mahmut in Duisburg. Wie bist du zu diesem Job gekommen?**

Seit dem Jahr 2000 leite ich das Landtagsbüro des Duisburger Abgeordneten und mittlerweile Minister von Nordrhein-Westfalen Ralf Jäger. Über die Duisburger Partei habe ich dann Jahre später auch Mahmut kennengelernt. Wir fanden uns auf Anhieb sympathisch und hatten recht schnell einen guten Draht zueinander.

Vor seinem Bundestagsmandat arbeitete er als Referent in der SPD Landtagsfraktion, wo wir uns auch immer wieder mal über den Weg liefen, so auch eines

Tages in der Poststelle. Bei dem darauf folgenden kurzen ‚Schnack‘, sprachen wir auch über seine Kandidatur für die Bundestagswahl, den bevorstehenden Wahlkampf und das daraus möglicherweise resultierende Amt. Plötzlich sagte er: „Dich hätte ich schon gerne als Unterstützung für meinen Wahlkampf und später als Büroleiterin für das Duisburger Büro. Leider bist du ja schon vergeben.“ – Daraufhin ich: „Ach, wirklich?! Na, ich habe zufälligerweise gerade freie Kapazitäten, da ich meinen langjährigen zweiten Job als Projektmanagerin einer Firma für Kommunikation und Online-



Medien aufgegeben habe. Interessiert?“ Er: „Ja klar, lass uns drüber reden.“ - Und so habe ich zuerst den Wahlkampf zusammen mit ihm gemanagt und leite nun das Duisburger Büro.

### **Warum gerade die SPD?**

Zufall oder besser gesagt, der private Kontakt zu einer damals schon sehr aktiven und engagierten Parteipersönlichkeit, Ralf Jäger. Ralf und ich kennen uns über unsere Kinder, die die gleiche Elterninitiative besucht haben. Wir kannten uns bereits vier Jahre, bevor er für das Landtagsmandat kandidierte. Ehrlich gesagt, war ich zu dem Zeitpunkt politisch nicht sonderlich interessiert und schon gar nicht aktiv. Doch die Aufgabe fand ich sehr interessant und habe mich ohne parteiliches Vorwissen auf die SPD eingelassen und bin heute, vierzehn Jahre später, immer noch dabei.

### **Wie sieht ein „ganz normaler Tag“ im Wahlkreisbüro für Dich aus?**

Wenig normal, eher recht unterschiedlich und abwechslungsreich. Zu meinem Tagesgeschäft gehört es, sämtliche Termine zu koordinieren und den Überblick über Mahmuts Kalender zu behalten. Wer einen Termin haben oder ihn zu einer Veranstaltung einladen bzw. eine mit ihm als Referent organisieren möchte, der landet bei mir. Ich manage alle Angelegenheiten seines Wahlkreises betreffend, bin Ansprechpartnerin für sämtliche Anfragen, wenn jemand den Deutschen Bundestag besuchen möchte und koordiniere mit Unterstützung meiner Kollegin Jennifer Metzlauff unsere drei Mal im Jahr stattfindenden Gruppenfahrten nach Berlin. Darüber hinaus

unterstütze ich die Presse- & Öffentlichkeitsarbeit den Wahlkreis betreffend, koordine unsere Internetpräsenz und gestalte sämtliche Grafikvorlagen digitaler Medien wie Web, facebook, unsere MA(c)H(t)MUT und BerlinAktuell sowie Printmedien.

### **Wie entspannst Du Dich von den anstrengenden Wochen und Tagen im Wahlkreisbüro?**

Dann genieße ich die freie Zeit zusammen mit meinem Mann, manchmal mit guten Freunden oder mit Tochter und Enkelkind.

Ich mache Yoga und gehe zum Tanzen, am Wochenende geht's häufig rauf auf's Rad oder auf meinen Gemüseacker und und und ...

Es gibt so viele schöne Möglichkeiten bei denen ich auftanken kann. Spätestens aber bei einem köstlichen Essen und einem guten Glas Wein, ob daheim oder in einem unserer Lieblingsrestaurants sieht die Welt gleich entspannter aus.

### **Du bist schon öfter zu Besuch im Berliner Bundestagsbüro gewesen und hast die Stadt dabei gut kennengelernt. Was können die Berliner von den Duisburgern lernen – und umgekehrt?**

Ehrlich gesagt bin ich keine Lokalpatriotin und bemühe mich sehr darum, Menschen individuell wahrzunehmen und nicht darauf bezogen in welcher Stadt, Region oder sonstigem Umfeld sie leben. Ich glaube, dass alle etwas voneinander

lernen könnten, sicher manchmal der eine vom anderen mehr, aber das liegt jeweils im Auge des Betrachters. Somit würde ich kurz sagen: "Alles oder Nichts!"